Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzer Straße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3393.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 519. **Sonnabend** den 11. Oktober 1902. **96. Jahrgang.**

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 11. Oktober.

Wie der Telegraph bereits aus Karlsruhe gemeldet hat, veröffentlicht die dort erscheinende „Südd. Reichs-Corr." eine ihr aus Berlin zugegangene Zuschrift, die anläßlich der Preßerörterungen über den beabsichtigt gewesenen **Empfang der Boerengenerale durch den Kaiser** die Umstände klar stellt, unter denen die Audienz von Cecil Rhodes erfolgte. Heute liegt uns diese Zuschrift im Wortlaute vor, der allgemein bekannt zu werden verdient. Er lautet:

„Am Schluß eines Artikels über den Empfang der Boerenführer bemerkt die „Freisinnige Zeitung": „Nur ein Punkt in der Sache ist etwas dunkel, die Frage nämlich, ob beim Empfang fremder, speziell englischer Unterthanen, am Berliner Hofe stets die Vermittelung des englischen Botschafters als erforderlich betrachtet worden ist. Bei der Erörterung dieser rein formell-diplomatischen Frage ist schon verschiedentlich daran erinnert worden, daß seinerzeit der Empfang von Cecil Rhodes ohne solche vorhergegangene Förmlichkeiten erfolgte." Die Frage ist im allgemeinen dahin zu entscheiden, daß, wenn ein dem Monarchen persönlich unbekannter Ausländer den Wunsch hat, vom Kaiser empfangen zu werden, es zur Erlangung der Audienz stets der Vermittelung des betreffenden diplomatischen Vertreters bedarf. Ueber den Fall Cecil Rhodes sei Folgendes mitgeteilt: Am 10. März 1899 überreichte ein Sekretär der hiesigen britischen Botschaft an zuständiger Stelle ein Schreiben des Botschafters, das die Bitte um Gewährung einer Audienz für Cecil Rhodes enthielt. Das Gesuch ist dann im ordnungsmäßigen Geschäftsgang weiter behandelt worden. Mit dieser Feststellung entfällt jeder Anhalt für die Behauptung, es seien seiner Zeit Herrn Cecil Rhodes für die Erwirkung eines Empfanges beim Kaiser Erleichterungen gewährt worden, die man den Boerengeneralen vorenthalten habe. Was die Zulassung des Sacco-Anzuges von Cecil Rhodes betrifft, — denn auch davon wird ja in deutschen politischen Zeitungen noch immer geredet — so hat Kaiser Wilhelm damit nur ein nachahmenswerthes Beispiel seines von jeder Kleinlichkeit freien Sinnes gegeben. Er würde gewiß keinen Anstoß daran genommen haben, wenn De Wet, Delarey und Botha sich ihm im schlichten Reiseanzuge hätten nähern wollen."

Die Berliner Quelle, aus der diese Erklärung stammt, schließt jeden Verdacht eines Irrtums aus. Um so bedauerlicher ist es, daß die Erklärung erst jetzt erfolgt und nicht schon damals abgegeben wurde, als der Londoner „Standard" durch seine Forderung, daß der Empfang der Boerengenerale durch die englische Botschaft in Berlin vermittelt werden müsse, den Unwillen des größten Teiles der deutschen Presse umsomehr erregte, je allgemeiner — auch in England — die Annahme war, Cecil Rhodes sei seiner Zeit ohne Vermittelung der englischen Botschaft zur Audienz beim Kaiser zugelassen worden. Wir wissen aus eigenster Erfahrung, daß diese Annahme selbst in solchen Berliner Kreisen herrschte, die sich sonst zumeist als sehr genau informiert erweisen. Es ist also auch nicht ganz undenkbar, daß die Boerengenerale, als sie am 18. September auf Befehl des Kaisers von den Bedingungen verständigt wurden, unter denen sie auf einen Empfang zu rechnen hätten, im Unklaren über die Umstände geblieben wären, unter denen s. Z. die Audienz von Cecil Rhodes erfolgte. Dann wäre der Verzicht der Generale auf einen Empfang auch ohne die Annahme von Treibereien der „holländischen Unversöhnlichen" erklärlich. Zugleich würde sich durch die jetzt erfolgte Erklärung für die Generale die Möglichkeit eröffnen, nun doch noch um einen Empfang durch den Kaiser zu bitten. Das sind freilich nur Vermutungen, denen man sich aber um so lieber hingibt, je peinlicher überall in Deutschland der Eindruck der Tatsache sein muß, daß die englische Presse über den Nichtempfang der Generale triumphiert.

Aus konservativen Kreisen geht der „Köln. Ztg." eine Zuschrift zu, die das rheinische Blatt unter der Ueberschrift **„Wohin steuern wir?"** veröffentlicht. Sie lautet:

„Die „Grenzboten" brachten gegen das Ende des Jahres 1900 einen offenbar aus sachkundiger Feder herrührenden Artikel mit der Ueberschrift: „Wie es heute bei den Regierungen in Preußen zugeht". In dem Artikel ist unter anderm auch von der Bevorzugung des Adels bei der Verwaltung die Rede. In dieser Beziehung heißt es dort:

> „Es liegt uns jede Voreingenommenheit gegen den Adel fern, auch möchten wir von unserm durchaus konservativen Standpunkt aus einen begüterten, unabhängigen und deshalb mit starkem Rückgrat versehenen Adel nicht missen, aber die Bevorzugung des kleinen, durchschnittlich vermögenslosen Adels, wie er sich bei den Regierungen und überhaupt in der Verwaltung vorzugsweise findet, halten wir für unbillig. Einstweilen aber werden wir uns mit dem bestehenden Zustand abfinden müssen. Denn wenn man bedenkt, daß die Beförderungsvorschläge für die höheren Verwaltungsstellen von dem adeligen Regierungspräsidenten ausgehen, von diesem durch den adeligen Oberpräsidenten an den adeligen Personalreferenten im Ministerium und schließlich an den adeligen Minister gelangen, so ist es menschlich natürlich, daß da verhältnismäßig nur selten ein bürgerliches Destillat herauskommt."

Hiernach dürfen wir uns nicht wundern, daß die einflußreichste Stelle im Ministerium des Innern, die des Personalreferenten wieder ein Adeliger als Nachfolger des zum Ministerialdirektor beförderten Herrn v. Kipling erhalten hat. Aber daß sie gerade Herrn v. Dallwitz zugefallen, ist im höchsten Grade verwunderlich. Während Herr v. Kipling politisch nie hervorgetreten ist, gehört Herr v. Dallwitz zu den — in Verwaltungskreisen sogenannten — kaudinisierten und nachher die Treppe hinaufgefallenen Landräten, hat also im Abgeordnetenhause unter den agrarisch Konservativen, den intimsten Gegnern des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Grafen Bülow, gesessen. Es ist nicht anzunehmen, daß er seine politische Ueberzeugung seitdem geändert hat. Wenn man nun bedenkt, wie wenig liebenswürdig Graf Bülow erst vor einigen Monaten von diesen Konservativen wieder im Abgeordnetenhause behandelt worden ist, so ist die Berufung des Herrn v. Dallwitz gerade auf den auch politisch so außerordentlich wichtigen Posten des Personalreferenten im Ministerium des Innern in der Tat so auffallend, daß man darüber nicht erstaunt genug sein kann. Zweifellos hat ihr aber doch Graf Bülow in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident zugestimmt. Hier stehen wir vor einem Rätsel. Eine Lösung wäre die, an welche wir aber nicht glauben können und wollen, daß sich nämlich eine Behauptung der Agrarier bewahrheiten sollte, wonach der Reichskanzler im Herzen ganz mit ihnen einig sei und schließlich doch noch die höhern Getreidezölle acceptieren werde, was er bisher lediglich dem Ausland gegenüber nicht gekannt habe, wozu er aber im stande sei, nachdem dort die Ueberzeugung von seiner Notlage erst durchgedrungen wäre. Wir halten den Grafen Bülow solch unwürdiger Spiegelfechterei nicht für fähig. Aber auffallend, sehr auffallend bleibt es doch, daß unter ihm als Ministerpräsident im Ministerium des Innern demonstrativ eine Richtung begünstigt wird, die ihm selbst politisch schroff gegenübersteht."

Der Verfasser dieser Zuschrift geht offenbar von der irrigen Annahme aus, der Reichskanzler brauche nur seinerseits höhere Getreidezölle zu wollen, um sofort den ganzen Bundesrath oder doch dessen Mehrheit seinem Willen unterwerfen zu können. Wir haben schon kürzlich darauf aufmerksam gemacht, wie unhaltbar diese Annahme ist. Nicht einmal Fürst Bismarck hätte diese Macht besessen. Seinen Nachfolgern fehlt aber noch weit mehr, als ihm: sogar der Einfluß, den sie als Reichskanzler und preußische Ministerpräsidenten auf die Besetzung wichtiger Verwaltungsämter haben müßten, wenn sie im stande sein sollten, die Politik durchzuführen, für die sie die Verantwortung tragen. Sie müssen sich, da der Kaiser sein eigener Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident ist, ab und zu wohl oder übel in Personalentscheidungen fügen, die ihnen äußerst unbequem sind. So wird es wohl auch bei der Beförderung des Herrn v. Dallwitz gewesen sein und so wird es vielleicht auch bei der Wiederbesetzung des ledig werdenden Oberpräsidiums in Hannover werden. Um so gespannter darf man auf den Nachfolger des Grafen Stolberg sein. Dann wird man ja noch genauer erkennen, „wohin wir steuern".

Eine bemerkenswerte Denkschrift ist in diesen Tagen von einem einfachen **russischen** Bauern dem Kreiscomité in Kowrow (Gouvernement Wladimir), welches die Ursache des Rückganges der Landwirtschaft in seinem Bezirke erforschen soll, übergeben worden. In diesem Schreiben wird als Grund des Rückganges des Bauernstandes dessen politische Rechtslosigkeit hingestellt. Bevor man wirtschaftliche und kulturelle Maßnahmen ergreife, heißt es in der Denkschrift, müsse man vor allem die rechtliche Stellung des Bauern bessern. Alle Stände vom Edelmann bis zum Kleinbürger hätten Rechte, nur der Bauer nicht. Man könne ihn sogar noch der körperlichen Strafe unterwerfen. Unter diesen Umständen sei es natürlich, wenn sowohl der reiche, wie der arme Land- und Dorfbewohner aus ihrem Kreise herausstreben und Bürger werden wollen. Würden die Bauern dagegen die staatlichen Rechte erhalten, welche ihnen als Angehörige einer so wichtigen Klasse gebührten, so würde man bei ihnen in kurzer Zeit die nötigen Fähigkeiten, Geld, Maschinen u. s. w. vorfinden. Dann werde alles besser werden. Manches, was hier angeführt wird, ist jedenfalls übertrieben; auch liegt die Ursache des landwirtschaftlichen Rückganges doch wohl noch in anderen Ursachen. Aber die Darstellung enthält ungeachtet dessen viel Wahres und gibt die Empfindungen vieler Bauern gut wieder. Vor allem verdient die offene Sprache, mit der diese Ansichten vorgetragen werden, Beachtung. Noch vor wenigen Jahren wäre das nicht möglich gewesen.

Das Geschäft in **südafrikanischen Minenwerthen** an der Londoner Börse, an welchem auch deutsches Kapital in hervorragendem Maße beteiligt ist, dürfte bald wieder in lebhaftere Bahnen einlenken, wenn erst nach Wiedereröffnung des englischen Parlaments die Regierung mit ihren Vorschlägen über die Beitragsleistung der neuerworbenen Kolonien zu den Kriegskosten hervortritt. Die bisherigen Mitteilungen welche die voraussichtliche Höhe dieses Beitrages zunächst mit 100 Millionen Pfd. Sterl., zuletzt aber mit 50 Millionen Pfd. Sterl. angaben, haben in interessierten Kreisen Englands lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Man sprach dort der englischen Regierung überhaupt das Recht ab, von den eroberten Gebieten eine Kriegskontribution einzuziehen und aus denselben Kreisen, die sich vordem damit brüsteten, es durchgesetzt zu haben, daß Transvaal in den Krieg mit England getrieben wurde, schreibt man sich sogar nicht zur Warnung, den Bogen nicht allzu straff zu spannen, auf den Abfall der amerikanischen Kolonien vom Mutterlande zu Ende des 18. Jahrhunderts hinzuweisen. Die englische Regierung dürfte sich indeß durch solche Drohungen nicht einschüchtern lassen, den neuen Kolonien einen Teil der Kriegslasten aufzubürden. Daß sie bisher mit exakten Vorschlägen noch nicht hervorgetreten ist, erklärt sich aus der Schwierigkeit, die Grenzen festzusetzen, innerhalb welcher Transvaal zu diesen Lasten herangezogen werden kann. Denn für die zukünftige Gestaltung des Transvaal-Budgets lassen sich aus den Erfahrungen der früheren unvollkommenen Staatsverwaltung der südafrikanischen Republiken keine zuverlässigen Anhaltspunkte gewinnen, ganz abgesehen davon, daß die Ablösung der verschiedenen fiskalischen und privaten Privilegien in Erwägung zu ziehen ist. Immerhin erscheint sicher, daß sich unter einem sorgfältigen finanziellen Regime die Staatseinnahmen, welche im letzten Jahre vor dem Kriege und 4 Millionen Pfd. Sterl. betrugen, ansehnlich vermehren lassen, ohne dem Lande drückende Steuern auferlegen zu müssen. Ueber die Höhe der künftigen Ausgaben läßt sich noch weniger etwas Bestimmtes sagen, da diese wesentlich davon abhängen wird, ob die Pazifizierung des Landes so gesichert ist, daß ein dauernd größeres Aufgebot militärischer oder polizeilicher Machtmittel sich als unnötig erweisen wird. Ist aber erst einmal die neue Staatsordnung in Südafrika fest eingerichtet, so wird sicherlich die Goldminenindustrie einen lebhaften Aufschwung nehmen, mit diesem Hand in Hand aber auch die Spekulation auf dem Londoner Minenmarkt wieder aufleben. Auch bisher war die Emission südafrikanischer Shares in London eine ziemlich beträchtliche; sie betrug in den ersten neun Monaten d. J. 6 488 000 Pfd. Sterl. Sie wird aber mit dem Augenblick, in welchem Klarheit über die Zukunft Südafrikas geschaffen ist, zweifellos einen gewaltigen Anreiz erhalten und nicht nur das englische Publikum, sondern auch das kontinentale Kapital trotz der bisher vielfach gemachten trüben Erfahrungen zu erneuter Beteiligung herausfordern. Auf das mit dem Erwerb von Goldshares verbundene große Risiko kann aber gar nicht genug aufmerksam gemacht werden.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 11. Oktober. In Sachen der angeblichen Audienz Bennigsens beim Kaiser wegen des Zedlitzschen Volksschulgesetzes sieht sich der „Kladderadatsch" genötigt, folgende Zuschrift des Generalsekretärs der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover, Herrn Flathmann, abzudrucken:

„In Nummer 40 des „Kladderadatsch" ist die Behauptung aufgestellt worden, die gegenwärtigen nationalliberalen Parteiführer in Hannover hätten Kenntnis davon haben müssen, daß Rudolf v. Bennigsen vor dem Scheiten des Zedlitzschen Schulgesetzentwurfs beim Kaiser eine Audienz nachgesucht und bewilligt erhalten habe,

---

Feuilleton.

Compañia Cazador.

10] Roman von Woldemar Urban.

Nachdruck verboten.

So wohnten sie nun schon fast vier Monate in ruhiger Zurückgezogenheit in ihrem Häuschen. Isa studierte mit wahrem Feuereifer. Professor Hennig erwies sich für sie wie ein zweiter Vater, war aber in gewissen Punkten unerbittlich streng. Isa hatte nicht nur Gesang- und Musikstunden, sondern auch dramatischen Unterricht, Vortrag, Kostümkunde, sogar deutsche Sprache, weil ihre Aussprache manche Härten zeigte, die beim Gesang störten. Isa war erstaunt und zugleich freudig überrascht über die Freundlichkeit, mit der man sich ihrer Persönlichkeit annahm. In Spanien wäre so etwas niemandem eingefallen, und sie merkte nun wohl, warum ihr Vater alles daran gesetzt hatte und daransetzen wollte, um ihre Ausbildung in Deutschland zu ermöglichen. Mit einer unüberwindlichen Energie kämpfte sie alle Hindernisse nieder. Sie wollte und mußte sich durchringen. Sie durfte nicht, wie ihr Vater, an der künstlerischen Halbbildung zu Grunde gehen, wenn sie einst das sein wollte, was sie stets geträumt.

Da kam plötzlich ein Tag, der die ganze Idylle zu vernichten, ihren Zukunftstraum und ihre Existenz zu zerstören drohte. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf vom Polizeiamt der Stadt beim Direktor Cazador ein Ausweisungsbefehl für Isa und Mozzo ein. Fräulein Isabel Jäger, genannt Cazador, und Alonso, genannt Mozzo, hätten diesem Schreiben zufolge wegen Erwerbslosigkeit und Mangel an Subsistenzmitteln binnen drei Tagen das Stadtgebiet zu verlassen.

Direktor Cazador war darüber zunächst ganz verzweifelt und glaubte, diesen neuen Schicksalsschlag nicht überleben zu können. Er wagte es nicht, Isa davon zu sagen, wußte aber auch keine Ausflucht, keine Hülfe. Es waren ja schon so manche Stürme über seinen grauen Scheitel hinweggebraust, und wenn er auch äußerlich noch immer eine gewisse Stattlichkeit, eine wehmütige Gleichgültigkeit affektierte, so schien es ihm doch immer mehr und mehr, daß er nicht der Mann sei, der im Leben reussieren konnte. Gott mochte wissen, woran das lag, aber er war und blieb ein Kind in seiner Zeit, mit dem die andern spielten.

Was sollte er nun tun? Sich aufhängen? Er verlegte sich zunächst aufs Bitten und ging zu dem betreffenden Beamten, dem er die ganze Situation zu erklären suchte.

„Aber, mein lieber Herr", erwiderte dieser, „das geht mich alles nichts an. Ich habe meine Instruktion, nach der ich mich richten muß. Seien Sie übrigens ganz zufrieden, daß man diese Maßregel nicht auch auf Sie selbst ausgedehnt hat. Man hat davon Abstand genommen, weil Sie doch hier geboren sind, und wenn auch Ihr Heimatsrecht verfallen ist, so hat man Sie doch in Ihren alten Tagen nicht ausweisen wollen. Vor allen anderen zweifelhaften Elementen müssen wir unsere ohnehin schon überlastete Armenkasse zu bewahren suchen. Dagegen ist nichts zu machen. Erst kommen unsere Armen."

Isa sah ihrem Vater sofort an, daß ein neues Unglück für sie heraufgezogen war, und auf ihr Drängen erzählte ihr endlich der Direktor alles.

Das junge, stolze Mädchen war davon im Innersten empört. Niemals in ihrem Leben war sie fremden Leuten zur Last gefallen, und wäre wohl lieber verhungert, als es jemals zu tun. Sie wollte ja nur lernen, sonst nichts. Aber die hochweise Polizei kümmerte sich um die Räsonnements eines jungen, unerfahrenen Mädchens nicht, und so blieb es bei der Ausweisung.

Am vergnügtesten war der Mozzo bei der Sache. Kaum wußte er, um was es sich handelte, so machte er sich auch schon mit einer aufgeräumten, lauten Aufregung über den Wohnwagen her, den er zur sofortigen Abreise herrichtete.

Gegen Abend desselben Tages, als Isa wie gewöhnlich mit einigen frischen Blumen an das Grab ihrer Mutter ging, begleitete sie Fräulein Ewald ein Stück des Weges, weil sie wohl sah, daß ihrer schönen Freundin etwas Kummervolles zugestoßen sein mußte. Isa machte auch gar kein Hehl aus dem Grunde ihrer Entrüstung.

„Aber, das ist ja alles ganz ungewöhnlich, Fräulein Isa", rief Fräulein Ewald hitzig. „Das dürfen Sie sich auf keinen Fall gefallen lassen. Irgend ein Gauner, der Ihnen nicht wohl will, hat Sie denunziert. Sie müssen die Sache einem Advokaten übertragen."

„Prozesse machen? Lieber sterbe ich. Nein, nein, Papa hat zu viel davon gelitten, als daß ich dulden könnte, daß er neue Prozesse anfängt."

„Aber Sie müssen doch Ihr Recht suchen, sich verteidigen, wenn Ihnen Unrecht geschieht. Wir leben doch nicht in der Türkei. In unserem Lande geht es doch ordentlich und redlich her, und wenn auch einmal ein schlecht unterrichteter oder aufgehetzter Beamter einen Fehlgriff macht, so hat er doch einen Vorgesetzten, der die Sache untersucht und wieder richtig stellt. Hätte ich das nur gestern gewußt. Gestern war der junge Rechtsanwalt Habicht bei Papa, ich weiß nicht weshalb, ich hätte ihm alles erzählt und bin sicher, daß er — —"

„Nein, nein, ich will das nicht, Fräulein Ewald. Sie wissen ja, daß ich — —"

Sie brach plötzlich ab, weil hinter einer Cypresse ein junger Mann erschien, der sehr respektvoll und höflich grüßte. Auch Fräulein Ewald war etwas verwirrt, bezwang sich aber und fuhr ungewöhnlich aufgeregt auf:

„Mein Gott, Herr Rechtsanwalt, das nenne ich einen Zufall! In diesem Augenblick sprachen wir von Ihnen."

„Ich hörte es und trat deshalb näher, gnädiges Fräulein", erwiderte Herr Habicht II lächelnd.

„Sie müssen meiner Freundin helfen", rief Fräulein Ewald hitzig. „Denken Sie, Herr Doktor, man hat sie ausgewiesen."

Ueberrascht hob der Rechtsanwalt den Kopf und sah Isa voll an.

„Ist das wahr, Fräulein Cazador?" fragte er betroffen.

Isa wurde etwas rot und sah weg. Ueber ihre Züge flog ein erregtes, unwilliges Zucken, so daß es fast aussah, als ob sie die direkte Ansprache wie eine Beleidigung empfände. Sie fühlte sehr wohl, daß der junge Rechtsanwalt ihr gegenüber ein anderes Benehmen hatte, als etwa Fräulein Ewald gegenüber. Fräulein Ewald behandelte er als Dame, mit einer gewissen Gleichberechtigung rücksichtsvoller Höflichkeit, während Isa für ihn ein — Mädchen war vom Jahrmarkt, die im kurzen Röckchen die Nickel einsammelt und mit der man seinen Spaß machen konnte, ohne daß das irgendwelche Konsequenzen hatte. Sie konnte diesen übermütigen, lächelnden Ausdruck in seinem Gesicht nicht ertragen, „Schlitzwang" hatte ihn Monsieur August genannt. Die Narbe im Gesicht gab ihm entschieden etwas Burschikoses, Herausforderndes, was sie empörte.

„Natürlich ist es wahr", antwortete an ihrer Statt Fräulein Ewald. „In drei Tagen soll sie die Stadt verlassen."

„Und Sie wollen das?" fragte Herr Habicht, wieder direkt an Isa gewandt.

„Nein, sie will das eben nicht", fuhr Fräulein Ewald fort, „und Sie sollen ihr helfen, daß sie es nicht muß. Sie werden doch begreifen, daß sie ihre Studien nicht unterbrechen darf und überhaupt einer solchen unglaublichen Maßregelung nicht weichen kann."

„Sie müssen richterliche Entscheidung beantragen, Fräulein Cazador", sagte Herr Habicht wieder direkt zu Isa gewandt, „ich will das selbstverständlich gern tun, wenn Sie mir mittels vorgeschriebener Vollmacht Ihre Vertretung übertragen. Sie brauchen sich dann um nichts weiter zu kümmern."

Es war eine sonderbare Unterhaltung. Er versuchte sie durch alle möglichen Mittel zum Sprechen zu bringen. Er verschlang sie sozusagen mit seinen Blicken und sie konnte vor innerer Erregung, vor Entrüstung über seine formlose Zudringlichkeit — wie sie es ansah — kein Wort sagen. Er konnte sagen, was er wollte, sie hörte immer nur die Worte, die er bei ihrer ersten Begegnung im Garten seines Vaters ihr zugerufen: „Was, zum Teufel, ist denn das?"

„Wenn Sie mir gestatten, Fräulein Cazador", fuhr er nach einer weiteren vergeblichen Pause fort, „werde ich alles weitere mit Ihrem Vater abmachen."

„Nein, nein", fuhr sie heftig auf, „lassen sie um Gottes willen Papa damit in Ruhe. Er wird krank, wenn er nur einen Advokaten sieht und von Prozessen hört."

Habicht II lachte, weil sie so erschreckt tat.

„Aber, mein liebes Fräulein", sagte er, „in der Welt muß man die Ellbogen brauchen, wenn andere den Weg versperren, und dazu ist ein Advokat recht gut geeignet. Das ganze Leben ist ein Prozeß, ein Kampf, besonders für den, der von unten herauf kommt und sich seinen Platz in der Welt erobern will. Also nur Mut. Geben Sie mir Ihre Vollmacht und das Uebrige besorge ich. Sie brauchen sich auch vor meiner Rechnung nicht zu fürchten — —"

„Das bezahle ich", warf Fräulein Ewald dazwischen.

„Ich will nichts geschenkt, ebensowenig wie ich irgend jemand lästig fallen will", erklärte Isa fest.

„Mein Gott, nein", fuhr er fort, „Sie sollen sich über mich nicht beklagen. Sie sollen eine glorreiche Ausnahme

SLUB
Wir führen Wissen.